

Ablauf - Aktualisierte Version 11. Februar

Uhrzeit	Dauer	Name	Inhalt	Anmerkungen
17:00	5 min	-	Beginn	5 min Zeitpuffer
17:05	5 min	Georg Kapsch	Begrüßung	Am Stehpult
17:10	8 min	Jan Krims	Einstiegsmoderation	- Informationen zum Ablauf und zum Fokus der heutigen Veranstaltung - Rückblick auf das Volksbegehren mittels Video (5 min)
17:18	5 min	Hannes Androsch	Einleitung	Am Stehpult
17:23	Jeweils max. 10 min	BM Gabriele Heinisch-Hosek BM Reinhold Mitterlehner	Eingangsstatements	Leitfragen - Welches der 9 im Bildungsvolksbegehren/Unterstützungstreffen angesprochenen Themen (siehe Beilage) hat aus Ihrer Sicht im Moment Priorität? Was ist Ihnen besonders wichtig? - Was ist aus Ihrer Sicht aktuell die größte Herausforderung im Sinne einer zukunftsorientierten Bildungspolitik?
17:43	12 min	TeilnehmerInnen	Diskussion an den Tischen	- Vorbereitung eines 1-Minuten-Statements: o „Wenn wir MinisterIn wären ...“ (unter gegebenen Rahmenbedingungen, bei gegebenem Budget, in gegebener Koalition, etc.) - Auf den Tischen liegen Sprechblasen, Gruppe hält Statement mit Stichworten oder als Halbsatz auf Sprechblase fest
17:55	12 min	TeilnehmerInnen	10 x 1-Minuten-Statement	Werden durch die Moderation abgeholt, Sprechblasen kommen dann auf Pinnwand
18:07	Insgesamt max. 20 min	BM Gabriele Heinisch-Hosek BM Reinhold Mitterlehner	Reaktionen	- Beziehen sich auf Teilnehmer-Statements - Ggf. Nachfrage durch Moderation - Abschlussfrage an beide: „Welchen Impuls nehmen Sie aus der Veranstaltung mit?“
18:27	3 min	Hannes Androsch	Abschluss und Verabschiedung	
18:30	Ende			

Vom fünften
Vernetzungstreffen
zum ersten
Unterstützungstreffen

Themen des Bildungsvolksbegehrens

1. Ein flächendeckendes ganzjähriges Angebot an Kindergärten
2. Gleichstellung aller Pädagoginnen und Pädagogen
3. Durchgehende Schulautonomie
4. Individualisierung des Unterrichts und Begabtenförderung
5. Flächendeckendes Angebot an verschränkten Ganztagschulen
6. Hebung des beruflichen Ansehens aller Pädagoginnen und Pädagogen
7. Qualitätsvolle gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht
8. Eine wirksame Assistenz und eine moderne, allen Anforderungen gerecht werdende Ausbildung
9. Alle Überlegungen zur Schaffung eines Bildungsrates



Die **Dringlichkeit einer umfassenden Bildungsreform** ist in der Öffentlichkeit zum zentralen Zukunftsthema geworden. Am Beginn einer neuen Regierungsperiode erfreulicherweise auch innerhalb der beiden Regierungsparteien.

Das Bildungsvolksbegehren mit seinen auf das 21. Jahrhundert ausgerichteten Forderungen für eine zeitgemäße Reform des gesamten Bildungsbogens ist ein hochqualifizierter, demokratisch geprüfter Kompass, entwickelt auf der Grundlage aktueller bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse und internationaler Erfahrungen. Ein Schulterchluss der Vernunft und der politischen Verantwortung. Einzige Zielsetzung: Die Zukunft unserer Jugend und damit unseres Landes zu öffnen und zu sichern.

SPÖ und ÖVP haben für die neue Regierungsperiode einen „neuen Anfang“ versprochen. Die Tatsache, dass die beiden für Bildungsfragen zuständigen Regierungsmitglieder – die Bundesministerin für Unterricht und Kultur Gabriele Heinisch-Hosek und der Bundesminister für Wirtschaft und Wissenschaft Dr. Reinhold Mitterlehner der Einladung zum Vernetzungstreffen des Bildungsvolksbegehrens folgen werden, ist ein starkes Indiz für die Ernsthaftigkeit dieses Versprechens.

Das „Volksbegehren Bildungsinitiative unterstützt daher auf der Basis seiner Reformvorschläge **dringend erforderliche Regierungsinitiativen**. Das traditionelle „Vernetzungstreffen“ mutiert aktuell zum ersten „Unterstützungstreffen“.

1. „Ein Kind lernt nie wieder so leicht wie in seinen ersten Lebensjahren“ – daher unterstützen wir ein höchst qualitätsvolles flächendeckendes, nach Bedarf ganztägiges Angebot an Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten, das bundeseinheitlich geregelt ist und dem EU-Standard entspricht.

2. Wir unterstützen die Gleichstellung aller Pädagoginnen und Pädagogen an den erwähnten frühkindlichen Einrichtungen mit jenen an den Schulen. Diese Forderung umfasst dieselbe gemeinsame universitär-akademische Ausbildung und dasselbe Bundesdienst- und Besoldungsrecht.

3. Wir unterstützen ein modernes, unbürokratisches Schulsystem ohne parteipolitischen Proporz, in dem die einzelnen Schulen autonom sind, das heißt die Gestaltungs- und Führungsverantwortung liegt beim Schuldirektor oder der Schuldirektorin.

4. Wir unterstützen ein Bildungssystem, in dem alle Talente, Begabungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich festgestellt und kontinuierlich gefördert werden (Individualisierung des Unterrichts und Begabungsförderung). Einzelne Schwächen der Kinder und Jugendlichen müssen gleichzeitig so weit wie möglich durch Förderung ausgeglichen werden.

5. Wir unterstützen ein flächendeckendes Angebot an verschränkten Ganztagschulen. Ganztagsbetreuung ist eine irreführende Mogelpackung. Sie ist lediglich die Fortsetzung der Halbtagschule mit all ihren antiquierten Unzulänglichkeiten. Ganztagschulen werden zur Regelschule d.h., wer sie nicht in Anspruch nehmen will, kann sich, z. B., nach wie vor, für eine Halbtagschule entscheiden.

- Nur in Ganztagschulen ist genügend Zeit für täglichen Sport, mehr Musik-, naturwissenschaftlichen- und künstlerischen Unterricht, für die Entwicklung handwerklicher Fähigkeiten, für den Erwerb von rechtlichen und wirtschaftlichen Grundkenntnissen, weiters für Theateraufführungen und andere kreativitätsfördernde Projekte;

- Weiters für das Wiederholen und Vertiefen von neuem Wissen – das alles wird an die Eltern ausgelagert und Nachhilfe verursacht sündteure Nachhilfekosten;

- da sich Eltern aus monetär und sozial schwachen Schichten weder die Kosten für Nachhilfe leisten können, noch imstande sind, ihre Kinder schulisch zu unterstützen, liegt hier ein wesentlicher Grund für den häufigen Schulabbruch wie auch für das schlechte Abschneiden von Pflichtschulabsolventen. Es ist daher die Entlastung der elterlichen Einkommen von den Kosten der Nachhilfestunden ein unverzichtbarer Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

6. Wir unterstützen die sorgsame Beachtung des beruflichen Ansehens von Pädagoginnen und Pädagogen. Wesentliche Voraussetzung ist die ganztägige Anwesenheit aller Lehrkräfte an den Schulen im Ausmaß von acht Stunden, wie das in der Mehrzahl der OECD-Länder der Fall ist.

- Nur unter dieser Voraussetzung kann die neue Schule optimal arbeiten, kann die Vielfalt des Unterrichts gestaltet werden.

- Selbstständiges, kreatives Lernen, der Vortrag der Pädagoginnen und Pädagogen vor der Klasse, Projekte gemeinsam mit Betrieben und anderen Institutionen, Theateraufführungen, sportliche Wettbewerbe und Praktika wechseln sich ab; der Fächerkanon kann ebenso wie das 50-Minutenkorsett aufgelöst werden;
- soziale Kompetenzen wie Toleranz und Offenheit gegenüber anderen sozialen Schichten, fremden Kulturen oder behinderten Menschen müssen ebenso geübt werden, wie Empathie und Solidarität; dazu kommen Pünktlichkeit, Disziplin und Hartnäckigkeit in der Verfolgung von Zielen, die heute wichtig sind und die daher praktiziert werden müssen.
- Entscheidend ist auch die Beziehungskultur in einer Klasse. Sie spielt sich in erster Linie zwischen den Schülern und Schülerinnen ab (Peer-Beziehungen), zwischen Eltern und ihren Kindern, weiters zwischen Eltern, Lehrkräften und Kindern. Solche Beziehungen sind eine wesentliche Voraussetzung für gelingendes Lernen und Funktionieren nur in Ganztagschulen, wo Lehrerinnen und Lehrer täglich erreichbar sind.
- Schließlich enden in Ganztagschulen alle schulischen Belange mit dem Ende des Unterrichts. Es gibt weder Hausaufgaben, noch werden Teile des Unterrichts an Eltern oder Nachhilfelehrerinnen und Nachhilfelehrer „out-gesourct“. Das heißt, nach Arbeitstag und Schultag gehört der Abend der Familie.
- Welche Schule besucht wird, ist von den Eltern und den Kindern entschieden. Die Wahlfreiheit muss gewahrt werden, die Anbotsvielfalt vergrößert werden.

7. Wir unterstützen eine qualitätsvolle gemeinsame Schule ab dem 10. Lebensjahr bis zum Ende der Schulpflicht mit einer besonderen Begabungsförderung und durchgehender Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit einzelnen Leistungsschwächen.

- Chancengerechtigkeit, also eine weitest gehende Ausschöpfung aller Begabungsreserven des Landes einerseits und der besonderen Förderung von Spitzenbegabungen andererseits, müssen ein umfassendes gemeinsames Ziel der Regierung sein.
- Sämtliche ExpertInnen halten die frühe Trennung der Kinder mit 10 Jahren für einen Fehler. Es gibt sie derart nur noch in Österreich und Ungarn, wo außerdem keinerlei Talenterkennung vorgenommen wird und besondere Begabungsförderung zum Zufallstreffer reduziert ist. Gleichzeitig fehlt aber auch jede kontinuierliche Unterstützung für die schwächeren Schülerinnen und Schüler.

- Zahlreiche Untersuchungen haben zudem ergeben, dass der Einfluss der elterlichen Herkunft auf die Schulkarriere der Kinder umso geringer ist, je länger sie gemeinsam unterrichtet werden. Umgekehrt ist er umso größer, je früher man die Kinder trennt. Daher gelingt es den PISA-Siegerländern Shanghai, Finnland oder Singapur, doppelt so viele Kinder aus der untersten sozioökonomischen Schicht zu tertiären Abschlüssen zu bringen wie Österreich.

8. Wir unterstützen eine wirksame Assistenz unserer PädagogInnen durch AdministratorInnen, Deutsch- und Muttersprachen-LehrerInnen, SchulpsychologInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen und eine moderne umfassende, diesen Anforderungen gerecht werdende Ausbildung.

- Der neu, ganztägige und ungleich vielfältigere Unterricht, wie auch die ständige Erhöhung der Zahl der Kinder mit wenigen bzw. ohne ausreichende Deutschkenntnisse machen eine besondere Unterstützung unserer Lehrkräfte erforderlich. Das rechtfertigt neue Supportsysteme, wie sie ebenfalls in anderen Ländern längst üblich geworden sind.

9. Bildungsrat

Um die notwendigen Reformen im Bildungsbereich forschungsbasiert in eine Gesamtstrategie zu integrieren und die Implementierung der Reformschritte und Maßnahmen mit einem unabhängigen Monitoring zu begleiten, schlägt das „Volksbegehren Bildungsinitiative für die Zukunft“ analog zum Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung und dem Wissenschaftsrat die Einrichtung eines Bildungsrats vor. Dieser soll mit den beiden anderen Gremien einen kontinuierlichen Austausch pflegen.

Aufgaben des Bildungsrats:

Beratung: Er berät die Bundesregierung und die zuständigen Bundesminister/innen, den Nationalrat und die Landtage in allen Fragen des österreichischen Bildungssystems insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Bildungsinstitutionen.

Beobachtung, Analyse und Empfehlungen: Unter Bedachtnahme auf europäische und internationale Entwicklungen beobachtet und analysiert der Bildungsrat das österreichische Bildungssystem, erarbeitet Vorschläge für Reformen, die Integration dieser in eine Gesamtstrategie sowie für die Implementierung der Reformschritte.

